P1-Beschluss Selbstbestimmte Arbeit

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 04.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

Die Digitalisierung und Automatisierung hat bereits Einfluss auf die Arbeitswelt genommen.Ein Prozess der sich in Zukunft nur fortsetzen wird.Neue Technologien verändern die Art und Weise wie wir arbeiten.Die Politik muss nach JAhren des Stillstandes endlich auf diese Veränderung reagieren. es gilt Chancen und Risiken dieser Entwicklung aufzuzeigen und politisch zu gestalten. Damit Kapitalistische Zwänge und mangelndes Wissen sowie Innovationsfurcht Unternehmen nicht dazu bringen, neue Technologien gar nicht oder zum Nachteil von Arbeitnehmer*innen zu entwickeln und zu verwenden. Denn für uns ist die neoliberale Haltung "Digitalisierung first, bedenken second" kein nachhaltiges Leitbild in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik..

Wir wollen, dass die Digitalisierung allen zu Gute kommt. Notwendig dafür ist ein kritisches Bewusstsein für die Digitalisierung. Allerdings ist Technologiefeindlichkeit auch kein Weg in der Modernisierung unserer Gesellschaft.

Neue Arbeitskultur Flexibilisierung bis in die Nacht

Mit der Digitalisierung wird oft auch eine neue Arbeitskultur der Flexibilisierung verbunden. Einige Unternehmen leben bereits eine freundlichere Arbeitswelt, freundlicher Umgang, das Du, ein Teamgefühl und Spaß am Kicker eine wichtige Rolle spielen. Damit soll die persönliche Bindung am Unternehmen sowie die Zufriedenheit gesteigert werden. Mit dieser Flexibilisierung gehen jedoch für Arbeitnehmer*innen oft unbewusst eine stärkere Vermischung von Arbeit und Freizeit einher. Im Gegenzug wird ständige Rufbereitschaft erwartet. Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsplätze bedeuten, dass auch mal Nachts von zu Hause aus gearbeitet werden muss.

Die Antwort auf diesen Trend kann nur die Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte sein. Es braucht eine strikte und klare Trennung von Arbeit und Freizeit. Damit Arbeit für das Leben da ist und nicht andersrum, ist die Einführung diverser Regeln notwendig - unabhängig der Unternehmensgröße.

Tod dem Normalarbeitsverhältnis! Es lebe das neue Normalarbeitsverhältnis!

Die Grüne Jugend NRW ist ein feministischer Verband. Daher können wir nicht die patriarchale Struktur des jetzigen Normalarbeitsverhältnis akzeptieren. Die 40 Stunden Woche beruht auf der Idee das jede Familie aus einer Erwerbsperson und einer Careperson besteht. Dabei sind die Rollenaufteilung und ihre Folgen zu häufig zu Lasten von Frauen* verteilt. Wir fordern daher Arbeit die zum Leben passt, familienfreundlich, flexibel und mit reduzierten Wochenstunden.

Überwachung, Optimierung, Effizienzsteigerung - und von vorn!

Überwachung ist nicht mehr allein ein staatliches Instrument zu Kontrolle von Bürger*innen. Arbeitsgeber*innen haben Überwachungsinstrumente für sich entdeckt, um ihre Arbeitnehmer*innen besser zu kontrollieren und zu optimieren.

Die Überwachung von Arbeitsabläufen ist zu einem wichtigen Instrument der Prozessoptimierung geworden. Durch die genaue Messung von Arbeitsschritten können Prozesse analysiert und verbessert werden. Entsprechende Messinstrumente können aber auch dafür genutzt werden, Arbeitnehmer*innen auf die Einhaltung von Prozessen zu prüfen und ihre Effizienz zu kontrollieren. Die Folge sind enormer Leistungsdruck, sowie die Beurteilung von Arbeitnehmer*innen anhand ihrer Effizienz, einhergehend mit der Benachteiligung von weniger effizient arbeitenden Arbeiter*innen.

Mit dem zunehmenden Leistungsdruck erhöht sich auch der Stress für die Betroffenen. Der steigende Druck entsteht also durch stetige Überwachung und Optimierung und führt zu einem dauerhaft erhöhten Stresslevel, das Gesundheitsschäden wie zum Beispiel Burnout nach sich zieht.

Eine solche Überwachung ist bereits rechtlich verboten,-da sie die Rechte von Arbeitnehmer*innen erheblich einschränken. Die Implementierung von technischen Einrichtungen die dazu bestimmt oder in der Lage sind Leistung und Verhalten zu überwachen fallen unter das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten. Allerdings halten sich viele Unternehmen nicht an diese Gesetze und nutzen im Prozessablauf erhobene Daten zur Überwachung der Mitarbeiter*innen. Dieses Verhalten muss stärker Sanktioniert werden, mit hohen Bußstrafen für das Unternehmen und Gefängnisstrafen für das verantwortliche Managment.Außerdem braucht es eine Stärkung der Betriebsräte, damit diese einen Arbeitsprozesse mitgestalten und somit einen Einfluss auf die Arbeitsbelastung, sowie den Leistungsdruck nehmen können.Zusätzlich fordert die Grüne Jugend NRW das in Unternehmen in der es keinen Betriebsrat gibt, jeder*jede Mitarbeiterin selber bei der Implementierung von technischen Einrichtung bei dennen Daten erhoben werden zustimmen muss. Dies soll Unternehmen dazu zwingen mit Betriebsräten zusammen zu arbeiten.

Gesellscchaftspolitisch braucht es eine Öffentliche Debatte die Arbeitnehmer*innen auf ihre Rechte aufmerksam macht und Betriebsräte für das Thema sensibilisert.

Arbeitszeit reduzieren, nicht Arbeitsplätze!

Berufe sterben aus. In einer sich wandelnen Welt wandeln sich auch die Berufe die wir erlernen und ausführen. So gibt es heute keine Telefonisten*innen oder Schriftsetzer*innen mehr. Laut einer viel zitierten Studie der Universität von Oxford werden 47 Prozent aller Errwerbstätigkeiten in den nächsten 20 Jahren verschwinden. Eine Nachricht die Panik verbreitet. Doch progressiv denkende Menschen sollten diese Nachricht differenziert sehen, denn es gibt auch positive Effekte, wenn sich Menschen nicht mehr mit Aufgaben befassen müssen, die auf einfache Weise zu digitalisieren sind. Erkenntnisse aus der Motivationspsychologie und Hirnforschung belegen: Menschen entfalten erst dann ihr Potenzial wenn sie wirklich motiviert sind und eine intellektuelle Herausforderung haben, etwas erschaffen, den Sinn erleben und selbstgesteuert handeln können. Viele der Tätigkeiten, die zukünftig digitalisiert erledigt werden, entsprechen diesen Kriterien nicht. Insofern können durch die Automatisierung Freiräume entstehen, die zum Beispiel für einen verbesserten Kundenservice und kreative Tätigkeiten genutzt werden können. Zudem können wir bereits die Entstehung von neuen Berufen beobachten. Die Politik muss auf diese Entwicklung reagieren indem sie Bildungskonzepte überdenkt, Kinder müssen heute auf Jobs vorbereitet werden die es noch nicht gibt. Schule muss mehr kreative und soziale Inteligenz fördert.In den Lernplänen der Zukunft darf es nicht mehr darum gehen das Menschen für ein bestimmtes Jobprofile ausgebildet werden, sondern dass Räume geschaffen werden wo auch andere Talente und Fähigkeiten sichtbar werden können. Auch muss der Sozialstaat Lebenslangeslernen ermöglichen. Dies bedeutet nicht nur Familien und Jobfreundliche Bildungsangebote ausbauen, sondern auch eine Einführung für lebenslanges Bafög und die Finanzierung von nicht betrieblichen Ausbildungen durch den Staat.
Wir wollen die Digitalisierung als eine Chance der Entlastung begreifen.Automatisierung muss bedeuten, Mitarbeiter*innen mehr Freiräume zu geben und nicht, sie zu entlassen. Viel zu oft wird die Digitalisierung für Rationalisierungsmaßnahmen und somit für Stellenabau missbraucht. Auf diesem Wege verlieren nicht nur viele Arbeitnehmer*innen ihren Job - den Versicherungen gehen dabei auch die Sozialabgaben verloren. Ein solcher Missbrauch der Digitalisierung führt also nicht nur zu einer höheren Arbeitslosigkeit - sie gefährdet sogar das Sozialsystem.

Arbeitsplatzabbau ist jedoch die falsche Antwort auf die fortschreitende Modernisierung unserer Arbeit. Neue, digitale Werkzeuge dürfen nicht zum Handlanger der Gewinnmaximierung und zweifelhaften Wachstums werden. Viel mehr sollte die Digitalisierung der Reduktion von Arbeit und somit der Arbeitszeit dienen. Sie ist eine Chance für Arbeitnehmer*innen bei gleichen Gehalt weniger zu arbeiten und mehr vom Leben zu haben. Neben der Arbeitszeitreduktion ist aber auch die Anhebung des Mindesturlaubes notwendig. Neben der Arbeitszeitreduktion sind aber auch die Anhebung des Mindesturlaubes und die Möglichkeit regelmäßiger Sabbaticals notwendig.

Statt Rationalisierung fordern wir also eine Arbeitszeitreduktion. Die neue Vollzeit-Perspektive muss die 28-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer*innen bei gleichbleibendem Gehalt werden! Darüberhinaus fordern wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, in der Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitzeit mit Rückkehrperspektive an ihre Lebensrealität anpassen können.
Außerdem braucht es einen stärkeren Kündigungsschutz. Deshalb müssen die Hürden für eine betriebsbedingte Kündigung, beispielsweise bei Transfergesellschaften, erhöht werden. Betriebsbedingte Kündigungen dürfen kein strategisches Instrument für unverhältnismäßige Gewinnmaximierung sein.

Befristung und Scheinselbstständigkeit bekämpfen

Mit der Digitalisierung haben sich auch die Arbeitsverhältnisse verändert. Immer mehr Arbeitsverträge werden befristet. Zeitarbeitsfirmen haben an Bedeutung zugenommen. Noch besorgniseregender ist der Trend der Scheinselbstständigkeit.

Mit der wachsenden Bedeutung des Onlinehandels wuchs auch die Bedeutung und damit auch der Druck auf die Logistikbranche. So werden viele Ausliefer*innen nicht mehr als Mitarbeiter*innen eingestellt, sondern als Unternehmer*innen beauftragt.

Auf diese Weise werden viele Arbeitnehmer*innen in die Scheinselbstständigkeit getrieben. Dabei wird mit der Scheinselbstständigkeit nicht nur der Mindestlohn und Tarifverträge umgangen - auch in die Sozialversicherungen wird nicht mehr eingezahlt. Ausbleibende Renteneinzahlungen erhöhen für die Selbstständigen das Risiko der Altersarmut. Oft werden Scheinselbstständige am Ende des Jahres mit hohen Steuerzahlungen konfrontiert, da in diesem Beschäftigungsverhältnis keine Lohnsteuervorauszahlung stattfindet. All diese Aspekte macht es für die Betroffenen schwierig zu erkennen, wie viel Netto wirklich vom Brutto übrigbleibt.

Diese Form der Scheinselbstständigkeit muss daher stärker von den Finanz-Arbeits- und Sozialämtern verfolgt werden. Bei ersten Anhaltspunkten sind Scheinselbstständigkeiten zu unterbinden und entsprechende Unternehmen zu sanktionieren. Außerdem braucht es für Beschäftigte in Scheinselbstständigkeit Mitspracherechte und eine Vertretung durch Gewerkschaften, damit diese ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen wahrnehmen können.

Außerdem müssen Arbeitsverträge entfristet werden. Die Praxis der Zeitarbeit und begrenzten Beschäftigung muss enden. Für eine echte existenzielle Perspektive braucht es Langfristigkeit. Nur so kann die Zukunft von Arbeitnehmer*innen gesichert bleiben.

Mehr Digitalisierung = Mehr Mitbestimmung und mehr Rechte!

Die Digitalisierung ist aber auch eine Chance für neue Mitbestimmungsformen

innerhalb von Unternehmen. Schon jetzt benutzen viele Unternehmen digitale Partizipationsformen, um die Mitarbeiter*innen in ihren Entscheidungsprozessen mit einzubinden. Allerdings handelt es sich hierbei nicht selten um Scheinpartizipation. Deshalb wollen wir, dass darauf geachtet wird, dass die digitale Partizipation von Mitarbeiter*innen auch wirklich Einfluss auf den Betrieb und ihre Arbeitsweise nimmt. Dies sind wichtige Schritte in Richtung der Demokratisierung der Wirtschaft.

In Zeiten wie diesen kommen Betriebsräte und Gewerkschaften eine neue Bedeutung zu. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und der Arbeit an sich nehmen. Um ihre Interessen durchzusetzen brauchen sie aber auch ein Streickrecht, welches auch politisch begründet ist. Dieses Werkzeug ist nötig, um auf die Einhaltung der Arbeitnehmer*innenrechte zu pochen.

Als GRÜNE JUGEND begreifen wir die Digitalisierung als eine Chance für weniger Arbeit, mehr Freizeit, mehr Mitbestimmungsrechte und eine demokratischere Wirtschaft. Dazu ist es aber notwendig, die Digitalisierung in Bahnen zu lenken, die nicht allein dem Kapitalismus zu Gute kommt, sondern auch dem Menschen nützt. Um dieses Ziel zu erreichen ist ein stärkerer Einfluss des Staates notwendig.

Wir wollen diesen Einfluss nehmen, damit die Digitalisierung den Menschen nützt - und nicht den Gewinnen der Unternehmen.